

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Dr. Martin Graf
und weiterer Abgeordneter

betreffend kein Ausschluss von Ungeimpften von Lehrveranstaltungen an Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen

eingebracht in der 129. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 17. November 2021 im Zuge der Debatte zu TOP 4, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1034 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2022 (Bundesfinanzgesetz 2022 – BFG 2022) samt Anlagen (1157 d.B.) – UG31

Der Bundesvoranschlag 2022 (BVA-E 2022) sieht für die UG 31-Wissenschaft und Forschung im Finanzierungshaushalt Auszahlungen iHv insgesamt 5,62 Mrd. EUR vor. Mit diesen Milliarden an Steuergeldern soll gewährleistet werden, dass Studierwillige auch studieren können.

Aufgrund überbordender Corona-Restriktionen ist dies allerdings nicht mehr für alle möglich. So schließt zum Beispiel die Universität Klagenfurt Ungeimpfte von Präsenzlehrveranstaltungen aus. Der Rektor der Universität Klagenfurt, Oliver Vitouch, richtete darüber hinaus den Ungeimpften auch noch aus, dass für die Ungeimpften eine Universität nicht das Richtige sei: „Jene, die all das kategorisch von sich weisen, müssen beizeiten beginnen, darüber nachzudenken, ob eine Universität das Richtige für sie ist.“

Studenten der FH IMC-Krems können als Ungeimpfte nicht an FH-Lehrveranstaltungen, die an der Abteilung für Anatomie der MedUni Wien unterrichtet werden, teilnehmen.

Die FH Burgenland informierte ihre Studenten, dass die 2G-Regel an der FH als mittelfristiges Ziel vorgesehen ist. Es soll nun eine Übergangsfrist (bis wann steht nirgendwo) mit 2,5G geben. Eine Studentin schreibt uns dazu: „Alle Ungeimpften meiner Klasse SIND gesunde Menschen. Wir haben ein Recht darauf unsere Ausbildung, an der wir bereits 2 Jahre hart gearbeitet haben, fertigzustellen.“

Bildungsminister Faßmann trat im Budgetausschuss am 11. November 2021 dafür ein, dass das „Recht auf Bildung“ auch für Covid-Ungeimpfte gelten muss. Maßnahmen von seiner Seite, dass das auch so gewährleistet ist, blieben jedoch aus.

Daher stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass Ungeimpfte auf Grund ihres Impfstatus nicht von Lehrveranstaltungen an Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen ausgeschlossen werden.“

Dr. Stefan Belakowitsch

Otto Graf von Seuckl

Oliver Gasser

